

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt
 der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



Anzeigeblatt
 für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.
 Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.
 Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15.
 Erscheint jeden Dienstag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
 Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Grundzeile (Zm. Mofse 25) oder deren Raum 30 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Text teil (Zm. Mofse 17) 80 Pfg. die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Angelegenheiten 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 8. Dezember. (Priv.-Tel.) Berlin sieht sich heute in einem ungewohnten Zustand. Die Geschäfte sind geschlossen, der Verkehr ist regelmäßig, aber das Straßenbild schon fast, daß etwas vorgeht, etwas Besonderes erwartet wird. Eine Erregung geht durch die Straßen, die auf Schlimmes deutet. Diese Lage müssen entscheiden, ob die Regierung festbleibt ob die Truppen hinter ihr stehen oder ob die aufgeregten Leibnachts-Anhänger mit Maschinengewehren und großen Reden, durch Gewaltstreiche die Oberhand gewinnen. Zweiundzwanzig Versammlungen fanden am heutigen Sonntag statt. Die Mehrheitssozialisten hatten im vierzehn großen Erfolge, die Spartakus-Gruppe empfahl im Treppentor Park der Masse von Anhängern und Zuhörern, kurzen Prozeß zu machen. Lange Reihen von Proklamationen durchzogen am Nachmittag die Straßen und die Soldatenwehr stand bereit an den entscheidenden Stellen. Jeder fühlt aber: die Explosion steht bevor, der Zusammenstoß ist unvermeidlich.

Leiser Regen geht am Nachmittag nieder. Er hält niemand ab. Alles schart sich in der inneren Stadt zusammen, dort, wo die Umzüge kommen, wo die Sicherungstruppen stehen, wo sich ertönen wird, wer in Berlin die Herrschaft hat, wer das Reich regiert. Die Bürgerlichen Parteien sind in dem Streit ganz verschunden: Er geht zwischen Mehrheitssozialisten und Spartakus, zwischen Regierung, Volksrat, Soldaten und Liebknecht-Männern.

Volkerversammlung des Großberliner Soldatenrates.

Berlin, 8. Dezember. Der trübe, regnerische und nebelige Dezembertag ließ in den Mittagsstunden keine revolutionäre Stimmung aufkommen. Von dem unüberwindlichen Dränge der Massen auf die Straßen ist nichts zu spüren. Die Gegend um den Reichstag, wo heute die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte tagen, ist wie ausgestorben, nur auf der Rampe am Domarkadenmal hören einige hundert Menschen dem preussischen Minister Strödel zu, der, oft von den Juxrufen der Soldaten in der Menge verteilten Spartakus-Feinde unterbrochen, gegen zu weitgehenden Radikalismus der Spartakusleute redet.

Am Reichstag selbst ist es ähnlich öde, obwohl man bezeugt war, den heutigen Verhandlungen des Großberliner Soldatenrates mit Spannung entgegenzusehen. Vor allem sind die Tribünen fast völlig leer, ein Zeichen, daß das Interesse an diesen Verhandlungen in der Bevölkerung abgesehen hat. Zunächst berichtet Cohn-Reuß über

Die Vorgänge am letzten Freitag

und führt aus, sie seien durch eine Reihe tragischer Zwischenfälle hervorgerufen, die von den gegenrevolutionären Kreisen gewollt seien. Fast sei es, das seinen engeren Parteifreunden Ebert und Scheidemann in die Schuhe zu schieben, wie die Freiheit und der Spartakusbund es täten, der aber nicht der Popanz sei, mit dem man Deutschland in Schrecken setzen könne. Immerhin, ging es zu weit, wie die Aufforderung an ihre Mitglieder bewies, die Waffen zu behalten und sie gegen die Regierung zu verwenden. Weiter richtet er an die bürgerlichen Elemente die Mahnung, nichts gegen die Regierung zu unternehmen, damit würden nur Arbeiter, Soldaten und Bürger zum Schaden unseres armen und gequälten Landes verhehrt, das wir alle lieben und dessen Wiedergeburt wir alle wünschen.

Dann kam die Sensation des Tages: Deutnant Heine (Borsdorf) machte der Versammlung die Mitteilung von einer in Bildung begriffenen Truppe, was großes Aufsehen machte. Die Oberste Heeresleitung in Berlin, so führte er aus, habe ein

Generalkommando Requis

errichtet, das die Soldatenräte nicht anerkennt. Die neue Richtung sei unter den Augen der Reichsregierung und des Volksrates im Geheimen entstanden. Dem Generalkommando Requis unterstünden die Garde-Kavallerie-Division, die Gardepioniere und die 1. Gardebrigade. Zu zwei Dritteln seien diese Truppen zwischen Potsdam und Potsdam untergebracht. Rücksicht über die durchziehenden Truppen dürfen von den Bahnhofsverwaltungen nicht gegeben werden. Die Truppen seien fest in der Hand der Offiziere. Ihre Aufgabe sei, wie sie sagen, die Berliner

auf die Schänke zu schlagen". Auffklärung tue dringend not. Das Generalkommando müsse überwacht und schließlich abgeschafft werden. (Ruf: In die Wand stellen, Landesverräter.) Zum Schluß fordert er auf, hier nicht Kleinigkeiten zu verhandeln, sondern zu handeln. Zunächst bestand die Pflicht, die Verhandlungen abzugeben, damit die Soldatenräte zu ihren Truppen eilen und sie auflösen könnten. Nachdem jedoch mehrere Redner zur Ruhe gemahnt und Auffklärung über die Vorgänge bei den Garde-truppen gegeben hatten, wurde nur eine

Abordnung an die Regierung

gefordert. Aber das Ergebnis der Entsendung berichtet im weiteren Verlauf der Tagung Cohn (Nordhausen): Ebert sei im Begriff gewesen, sich an einer Versammlung zu beteiligen, wo er nicht mehr abgeben konnte. Er wird sich aber mit dem Kriegsminister und ebenso mit Wels in Verbindung setzen. Was nötig sei, werde geschehen. Cohn schien den Eindruck zu haben, als seien die Mitteilungen Heines übertrieben. Er meint, die Befürchtungen Heines werden einerseits halb zu schwarzfärbisch angesehen, andererseits geteilt. Die Richtigkeit wird sich in aller nächster Zeit zeigen.

In der Zwischenzeit wird ein Wahlreglement für die Wahlen zur Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte angenommen und nach längerer Aussprache der Antrag mit 173 gegen 88 Stimmen abgelehnt, der die Parität bei der

Entsendung von Delegierten zum Arbeiter- und Soldatenrat

zwischen Arbeiter- und Soldatenräten forderte. Es werden also, da immer mehr Truppenteile aufgelöst werden, die Arbeiterräte in Zukunft überwiegen. Der Schluß der Aussprache befaßt sich an der Hand des Bericht des Siebener-Ausschusses mit allerlei Personalfragen. Es geht dabei manchmal recht stürmisch und wenig diszipliniert zu. Im Gegenüber zu der letzten Sitzung werden einige wichtige Anfragen über die Einleitung der Sowjet-Regierung zu der Tagung des Zentralrates, die Herausgabe von 800 Millionen Mark in zehn Tagen und die allgemeine Finanzlage an den Siebener-Ausschuss überwiesen, der darüber in der nächsten Sitzung, die am nächsten Mittwoch stattfinden soll, Bericht erstatten wird.

Ein Ultimatum Scheidemanns.

Berlin, 9. Dezember. (Priv.-Tel.) In einer sozialdemokratischen Versammlung hat auch der Volksbeauftragte Scheidemann gesprochen. Er nannte die Verhaftung des Volksrates eine Hanswurstmilchade, die von einem Feindweibel, einem jungen Doktor von unbegreiflichem Tiefstand der Intelligenz, durchgeführt worden sei. Scheidemann fuhr dann fort: Wenn es zu Blutvergießen kommt, mögen sich die an die Nase fassen, die Tag für Tag dazu auffordern, sich zum Bürgerkrieg zu bewaffnen. Die Regierung Ebert-Haase habe die schwersten Aufgaben zu lösen, die je in der Weltgeschichte einer Regierung gestellt worden seien. 90 v. H. des Volkes ständen hinter ihr, und trotzdem läge diese Regierung Tag für Tag auf einem Pulverfaß. Das sei auf die Dauer ein durchaus unmöglicher Zustand. Die Folgen des gewissenlosen Vorgehens der linken Spartakusgruppe wird sein, daß wir in ein paar Wochen nichts mehr zu essen, und die Franzosen und Engländer in Berlin hätten. Die „sofortige Sozialisierung" nach der Spartakus-Manier würde die deutsche Industrie und den deutschen Handel ruinieren, daß noch Kinder und Kindeskinde darunter zu leiden hätten. Das Treiben der Internationalisten in München, dem leider struppellose Soldaten gefolgt sind, ist das Treiben einer gewissenlosen Räuberbande. (Stürmische Zustimmung.) Die Bormüße, daß wir in Berlin dem Treiben bewaffneter Banden mit verängstigten Armen zusehen, sind selber nicht ganz unberechtigt. Ich erkläre, daß ich für meine Person diesen Zustand keine acht Tage mehr mitmache. (Große anhaltende Bewegung.) Das sage ich natürlich nicht für das Kabinett, sondern für mich. Als einzige Rettung aus dieser Wirrnisse bezeichnet Scheidemann die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Er werde jubeln, wenn der Zentralarbeiter- und Soldatenrat einen viel früheren Termin als den 15. Februar festsetze. Technische und formelle Schwierigkeiten gebe es hierfür nicht.

Die Regierung erhält das ausschließliche Exekutivrecht.

Berlin, 9. Dezember. (Priv.-Tel.) Bei den Beratungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem

Volksratsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates wurde der ganze Komplex der zwischen der Regierung und dem Volksrat schwebenden Fragen besprochen und als Schlussergebnis einmütiges Zusammenwirken im Dienste der Revolution sowie Übereinstimmung über das ausschließliche Exekutivrecht der Regierung und die entscheidende Absage auf jede gewaltsame Veränderung der provisorischen Verfassung erzielt. Der Beschluß wird offiziell mitgeteilt werden.

Berlin, 9. Dezember. (Priv.-Tel.) Zu den sozialistischen Massenversammlungen von gestern schreibt die „Post. Ztg.": Der Wahlkampf beginnt! Die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Spartakusgruppe haben mit dem größten Aufgebot agitatorischer Kraft und mit großen Masseninsammlungen jede von ihrem Standpunkt den politischen Kampf um die Hauptstadt begonnen. Bemerkenswert ist, daß zum ersten Male seit der Revolution die Mehrheitssozialisten in großer Maßgabe auf den Plan getreten sind. Bemerkenswert ist ferner die strikte Absage, die das radikalste Regierungsglied, der unabhängige Sozialist Barth, in einer improvisierten Rede Herrn Liebknecht erteilt hat. Barth sagte, als die Demonstranten unter Führung Liebknechts abends vor dem Reichstanklerhause erschienen waren: Ich wünsche nur einmal mit Liebknecht in einem der größten Säle in Berlin zusammenzutreffen und ihm zu sagen, was ich ihm zu sagen habe, und ich bürgte dafür, daß nicht ein Arbeiter auf seiner Seite bleibt. Daß ich in der Regierung sitze und daß ich zugegeben habe, daß die Regierung und der Volksratsausschuß paritätisch zusammengesetzt sind, das ist geschehen, weil im Jirkus Busch am 10. November nicht Scheidemann, sondern Karl Liebknecht auf mich eindrang und sagte: Es muß geschehen, wenn die Revolution nicht gefährdet werden soll. (Darauf wüßte Schimpfereien.)

Der „Vorwärts" schreibt: In der ruhmreichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist der gestrige Tag einer der schönsten. In 14 überfüllten Versammlungen hat das Berliner Arbeitervolk in wunderbarer Ordnung und Würde seinen Willen kundgetan. Diese Kundgebung hat das arbeitende Berlin mit neuem Mut und neuer Zuversicht in seine gerechte Sache und seinen endgültigen Sieg erfüllt. Sie hat Inland und Ausland gezeigt, wo das Herz der Hauptstadt schlägt. Sie hat ein neues Band zwischen Berlin und dem Reich geschlossen.

Der Haftbefehl gegen den Volksrat.

Berlin, 7. Dezember. (W. I. B.) Der Rat der Volksbeauftragten richterfolgende Kundgebung an die Bevölkerung Berlins:

Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt festgestellt können, daß der Auftrag zur Festnahme des Volksrates dem Vizefeldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten im Auswärtigen Amt Graf Matschka und v. Rheinbaben, erteilt worden ist. Marten ist ebenso wie Fischer verhaftet worden. Die beiden anderen sind flüchtig. Ihre Verhaftung ist angeordnet. Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrationszug das Maschinengewehrfeuer gerichtet haben, waren von einem Mitglied des Soldatenrates beim Generalkommando namens Krebs aufgeführt worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden. Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles getan hat, um die Mitglieder des Volksrates zu befreien, die Anhaftung ihrer Freiheit, sowie das entschlossene Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen, ist entschlossen, gegen jede Androhung und Verübung von Gewalttaten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen.

Berlin, 7. Dezember 1918.
 Die Volksbeauftragten:
 (gez.) Ebert, Haase, Dittmann, Scheidemann, Landsberg.
 Der Volksbeauftragte Barth war verhindert, an der Sitzung teilzunehmen; deshalb fehlt seine Unterschrift.

Ruhe in Berlin.

Berlin, 8. Dezember. (W. I. B.) Die für heute angelegten Kundgebungen sind nach den bis 2 Uhr nachmittags vorkommenden Nachrichten ruhig verlaufen. Es regnet.

Die Lage am Sonnabend.

Aber die Ereignisse am Sonnabend floßen aus Berlin folgende Nachrichten vor:
 Am Sonnabend nachmittag zog ein sehr großer Zug Demonstranten mit einem Automobil mit Maschinengeweh-